




Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren

Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren
DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell kommentiert die aktuellen Arbeitsmarktdaten:
Saisonbedingt sind die Arbeitslosenzahlen gegenüber Juli 2015 zwar leicht gestiegen, doch im Vergleich zum Vorjahr ist ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Sollten die Arbeitslosenzahlen in den kommenden Monaten leicht steigen, sind die Ursachen in den weltweiten Krisen zu suchen, nicht jedoch beim Mindestlohn. Zwar sind seit der Einführung des Mindestlohns zahlreiche Minijobs weggefallen, dafür aber neue sozialversicherungspflichtige Stellen entstanden - gerade auch in mindestlohnrelevanten Dienstleistungs-Branchen.
Künftig wird die Herausforderung sein, die zahlreichen Flüchtlinge im Land zu integrieren und in Arbeit zu bringen, sie aber nicht als billige Arbeitskräfte auszunutzen. Für sie, wie auch für die vielen Langzeitarbeitslosen, ist die passgenaue (Nach)-Qualifizierung das A und O. Einzelne Beschäftigungsgruppen vom Mindestlohn ausnehmen zu wollen und das als Beitrag zur Integration zu bezeichnen, ist reiner Zynismus.
Pressekontakt
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 0049/30/24060-0
Telefax: 0049/30/24060-324
Mail: info.bvv@dgb.de
URL: <http://www.dgb.de/> 

Pressekontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Firmenkontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Als Dachverband schließt er keine Tarifverträge ab. Er arbeitet auf internationaler Ebene im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit und vertritt die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei internationalen Institutionen wie der EU und der UNO. Seit seiner Gründung 1949 ist er dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Er ist - wie seine Mitgliedsgewerkschaften - pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB handeln mit den Arbeitgebern Tarifverträge, u. a. zu Einkommen, Arbeitszeiten, Urlaub aus. Im Falle eines Arbeitskampfes organisieren sie den Streik und zahlen den Mitgliedern Streikunterstützung. Sie helfen bei der Gründung von Betriebsräten, unterstützen die Beschäftigten bei betrieblichen Konflikten und vertreten sie bei Streitigkeiten mit ihrem Arbeitgeber. Gewerkschaftsmitglieder genießen kostenlosen Rechtsschutz.